

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Bundeskanzler Vranitzky traf gestern nachmittag in Vaduz ein

Am Mittwoch ein Gespräch mit Vertretern der liechtensteinischen Regierung – Heute Donnerstag ein Empfang durch Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz

(G.M.) – Fragen der europäischen Integration sowie die Erörterung der Haltung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten standen im Mittelpunkt des Gesprächs, das der österreichische Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky mit Regierungschef Hans Brunhart sowie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Regierungsgebäude in Vaduz führte. Der österreichische Bundeskanzler war gestern nachmittag zu seinem zweitägigen Besuch in unserem Land eingetroffen. Das heutige Besuchsprogramm umfasst als Schwerpunkt ein Zusammentreffen mit Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz.

Da beide Seiten vor dem Besuch von Bundeskanzler Vranitzky betonten, dass im bilateralen Verhältnis zwischen Liechtenstein und Österreich keine Probleme bestünden, widmeten sich die Gesprächsdelegationen vor allem europäischen Fragen. Regierungschef Hans Brunhart hatte im Pressegespräch vom Dienstag abend – wie bereits gemeldet – erklärt, dass die Erörterung der Europa-Positionen beider Staaten besonders wichtig sei, weil Österreich mit dem Beitrittsgesuch zur EG seine Entscheidung bereits gefällt habe. Österreich, unter dessen Leitung derzeit die EFTA steht, setzt nach seinen Worten alles daran, dass der Vertrag

über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) noch vor der Sommerpause unterzeichnet, zumindest aber paraphiert wird. Die entsprechende Konferenz ist auf den 24./25. Juni nach Salzburg anberaumt worden.

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky erwartet von seinem Besuch in unserem Land, wie er in einem Interview mit dem VOLKSBLATT darlegte, eine «Vertiefung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten, denen wir einen hohen nachbarschaftlichen Stellenwert beimessen, den zu fördern und zu pflegen Zweck dieses Besuches ist.» Nach seinen Worten möchte er im Gespräch mit der liechtensteinischen Regierung eine «gemeinsame Einschätzung wichtiger aussenpolitischer Themen» vornehmen.

Nach dem Gespräch zwischen den beiden Delegationen, wo auf liechtensteinischer Seite auch Botschafter Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, und Dr. Andrea Willi, interimistische Leiterin der liechtensteinischen Botschaft in Wien, teilnahm, begab sich der Bundeskanzler ins Rathaus Vaduz.



Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky gestern bei der Ankunft in Vaduz.

(Bild: B. Schurte)

Überprüfung des Drogenkonzeptes

Regierungsrat Dr. Peter Wolff schliesst völlige Neuordnung aus

(G.M.) – Das Drogenkonzept aus dem Jahre 1983 befindet sich in Überprüfung, nachdem vor knapp zwei Jahren beide Fraktionen im Landtag einen derartigen Antrag stellten. Regierungsrat Dr. Peter Wolff hofft, wie er am Pressegespräch vom Dienstag erklärte, dass ein diesbezüglicher Bericht im Herbst dem Parlament vorliegen werde. Nach seinen Angaben ist jedoch keine völlige Neuordnung zu erwarten, sondern das bestehende Drogenkonzept werde voraussichtlich nur in Nuancen abgeändert.

Die Drogenkommission unterbreitete nach Auskunft von Regierungsrat Dr. Peter Wolff bereits ihre Vorschläge. Der Regierungsrat wird einen Bericht mit den vorgesehenen Änderungen des Drogenkonzeptes noch vor der Sommerpause vorlegen, die dann die entsprechenden Beschlüsse zu fällen habe. Bereits für die erste Sitzung nach der Sommerpause soll gemäss dem vorliegenden Zeitplan dem Landtag ein Bericht als Postulatsbeant-

wortung vorliegen.

Über den Inhalt der Vorschläge der Drogenkommission wollte Regierungsrat Wolff noch keine Angaben machen. Er schliesst jedoch eine völlige Neuordnung der Drogenpolitik in unserem Land aus, sondern erwartet lediglich Änderungen in Nuancen. Grundsätzlich werden nach seiner Auffassung alle verbotenen Mittel auch in Zukunft verboten bleiben.

Die vor einiger Zeit bekanntgewordenen Vorfälle über Drogenkonsum Jugendlichen in unserem Land, die in ihrem Ausmass erhebliches Aufsehen erregten, werden das Drogenkonzept nicht direkt beeinflussen. Die Ermittlungen, so Regierungsrat Wolff, werden von der Polizei und der Staatsanwaltschaft geführt, wobei die Regierung nur über den Stand der Dinge informiert wird. Diese Vorkommnisse sollten nach seiner Ansicht jedoch Anlass sein, um das Problem an der Wurzel fassen zu können.

Sommersmog und Temporeduktion

Die Regierung setzt auf längerfristige Begrenzungsmaßnahmen

(G.M.) – Im Gegensatz zur Diskussion in der Schweiz, die Temporeduktionen zur Eingrenzung des Sommersmogs in Aussicht nimmt, werden in unserem Land keine solchen Massnahmen verordnet. Diese Erklärung gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch vom Dienstag auf eine entsprechende Frage ab. Gleichzeitig appellierte er an die Bevölkerung, sich in freiwilligem Verzicht zu üben, um die Schadstoffwerte zu begrenzen.

Die Tempolimiten in unserem Land wurden bereits vor einigen Jahren auf 50 innerorts und 80 ausserorts herabgesetzt, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille. Weitere Senkungen würden kaum eine Entlastung bezüglich des Sommersmogs erbringen, doch würden Massnahmen geprüft, um die Ozonkonzentrationen zu senken. Gemäss den vorliegenden Messungen, die an verschiedenen Standorten in Liechtenstein durchgeführt wurden, ergaben sich im vergan-

genen Sommer zahlreiche Überschreitungen der Ozon-Grenzwerte. Das Amt für Volkswirtschaft hat nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille den Auftrag erhalten, weitere Massnahmen zu prüfen, die zur Senkung des Schadstoff-Ausstosses beitragen könnten. Eine Reihe von Massnahmen sind bereits im Programm «Gesunder Wald» enthalten, das 1984 in Kraft gesetzt wurde.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille gab beim Pressegespräch auch zu verstehen, dass er kein Anhänger von behördlichen Beschränkungsmaßnahmen sei, sondern seine Hoffnungen vor allem auf die Einsicht der Menschen setze, mit freiwilligem Verzicht zugunsten der Umwelt einen Beitrag zu leisten. Allerdings schliesst diese Haltung nach seiner Auffassung die Prüfung von Massnahmen nicht aus.

Mehr zu diesem Thema im Innern der heutigen Ausgabe.

Der Schweiz drohen massive Defizite

Bern (AP) Dem Schweizer Bund drohen in den nächsten Jahren massive Defizite. Aufgrund der Ausgabenwünsche der Departemente müsste 1992 bereits mit einem Fehlbetrag von 3,3 Milliarden Franken gerechnet werden, der sich bis 1996 auf 5,5 Milliarden erhöhen würde.

Eine solche Entwicklung sei nicht akzeptabel, erklärte Bundesrat Otto Stich am Mittwoch im Ständerat. Die kleine Kammer nahm eine erste Standortbestimmung nach dem Nein zur Bundesfinanzordnung vor und genehmigte die Staatsrechnung 1990 oppositionslos mit 30 Stimmen.

Der Bund gehe finanziell sehr schwierigen Zeiten entgegen, die Steuergeschenke undenkbar machten, unterstrich Stich. Die Departemente hätten für die kommenden Jahre Ausgabenwünsche angemeldet, mit denen der Fehlbetrag der Bilanz von zurzeit 17,5 Milliarden Franken bis 1996 glatt verdoppelt würde.

Bregenz: Kommt bald die Probephöhne?

Bregenz (spk) Probephöhne Ja oder Nein? Diese Frage beschäftigt die Verantwortlichen der Bregenzer Festspiele nicht erst seit gestern. Am Dienstag abend ging man in Bregenz sogar so weit zu behaupten, dass die Weiterentwicklung der Festspiele ernsthaft in Frage gestellt würde, wenn es nicht gelänge, eine Lösung für eine Probephöhne finden.

Bekanntlich mangelt es dem Kulturbetrieb an Räumlichkeiten für einen Probetrieb. Bereits vor einem Jahr hatten die Festspiele ein Projekt für eine an das bestehende Festspielhaus angebaute Probephöhne vorgestellt – ein allzu ehrgeiziges Projekt.

Trotz Ablehnung dieses Projekts überwog aber an der jährlichen Vollversammlung des ursprünglichen Trägervereins der Bregenzer Festspiele die Überzeugung, dass eine Probephöhne nötig sei. Ansonsten sei eine Weiterentwicklung der Festspiele ernsthaft gefährdet. Am 20. Juni nun soll das Festspiel-Kuratorium in dieser Frage erste Entscheidungen fällen.

Abgesehen davon laufe der Vorverkauf indessen wie noch nie.

PTT-Generaldirektor Rey machte Antrittsbesuch

Treffen mit der Regierung und Empfang auf Schloss Vaduz bei seinem ersten Besuch in unserem Land

Der Chef des Postdepartements der Generaldirektion der Post-, Telefon- und Telegraphenbetriebe in Bern, Jean-Noël Rey, traf gestern zu einem kurzen Besuch in unserem Land ein. Für den neuen Chef des Postdepartements stellte dieses Treffen mit den verantwortlichen Behörden der Antrittsbesuch dar. Jean-Noël Rey war in Begleitung von Hans Dürr, dem stellvertretenden Generaldirektor der PTT, sowie von Walter Schmuclli, Kreispostdirektor von St. Gallen.

Die PTT-Delegation traf zuerst mit Regierungschef Hans Brunhart sowie Regierungsrat Wilfried Büchel im Regierungsgebäude zu einem kurzen Gespräch zusammen. An der Besprechung, die sich dem Vernehmen nach um die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der PTT in Postsachen drehte, nahm auch Ressortsekretär lic. iur. Marzell Beck teil.

Anschliessend begab sich Generaldirektor Jean-Noël Rey in Begleitung von Regierungsrat Wilfried Büchel zu einem Empfang auf Schloss Vaduz. Fürst Hans-Adam II. empfing den Postgeneraldirektor zu einer kurzen Besprechung.



Antrittsbesuch des neuen Chef des Postdepartements der PTT-Generaldirektion, Jean-Noël Rey, bei der Regierung in Vaduz. Unser Bild zeigt die PTT-Delegation mit Regierungschef Hans Brunhart und Regierungsrat Wilfried Büchel.

(Bild: Beat Schurte)

Bundesrätlicher Sicherheitsbericht

Bern (AP) Die Schweizer Armee muss so konzipiert sein, dass sie sich in ein allfälliges europäisches Sicherheitssystem integrieren kann. Zurzeit sei aber ein gemeinsames System noch ein Fernziel, dessen Realisierung nicht gesichert sei.

Mit diesen Worten wies Bundesrat Kaspar Villiger am Mittwoch im Nationalrat die Kritik am Sicherheitsbericht zurück.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.